B. Satzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

Vorbemerkungen.

Die NSDAP. ist die Trägerin des deutschen Staatsgedankens, sie ist die führende und bewegende Kraft des nationalsozialistischen Staates, §§ 1 u. 3 des Einheitsges. v. 1. 12. 1933, RGBl. I S. 1016¹⁾). Durch dieses Gesetz erhielt sie die Stellung einer Körperschaft des öffentl. Rechts²⁾). Nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes wird der Führer die Satzung der Partei bestimmen; diese ist noch nicht erlassen.

Die Partei war in ihrer Kampfzeit unter dem Zwang des Vereinsrechts als Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein e. V. im Vereinsregister eingetragen worden, obwohl sie ihrer politischen Dynamik nach mit der Idee eines Vereins des bürgerlichen Rechts nichts zu tun hatte. Als eingetragener Verein mußte die NSDAP. auch eine Satzung haben. Der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Verein wurde nach der Machtübernahme gleichzeitig mit dem Verein Hitler-Jugend-Bewegung e. V. im Vereinsregister gelöscht, § 1 der DurchführungsVO. zum Einheitsgesetz vom 29. 3. 1935³⁾).

Die nachstehend abgedruckte Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins e. V. hat aber trotzdem nicht nur geschichtliche Bedeutung; sie hat auch heute noch formelle Geltung; § 1 Abs. 3 der VO. vom 29. 3. 1935³⁾) erklärt die Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins

1) Abgedr. S. 56 u. 61.

2) Vgl. hiewegen S. 57 ff.

3) Abgedr. S. 73.

bis zum Erlaß der Satzung der NSDAP. (§ 1 Abs. 2 des Einheitsgesetzes) für sinngemäß anwendbar. Außerdem wenden die Parteigerichte die Bestimmungen der §§ 3 und 4 der Satzung noch unmittelbar an, vgl. Richtl. f. d. Parteigerichte v. 17. 2. 34¹⁾, insb. die §§ 25, 26, 35, 36 und 39.

Text der Satzung vom 22. Mai 1926.

§ 1

Der Verein führt den Namen „Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiter-Verein“ e. V. und hat seinen Sitz in München.

§ 2

Der Verein hat den Zweck, alle ehrlich schaffenden Kreise unseres Volkes, gleich, ob körperliche oder geistige Arbeiter, zusammenzuschließen, um in gemeinsamer Arbeit unserem Volke die Vorbedingungen zur Erringung seiner politischen Freiheit und seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schaffen. Laut Vereinsprogramm hat dies zu geschehen durch Pflege der sittlichen Kräfte und körperliche Ertüchtigung des einzelnen sowie der Gesamtheit.

Vereinsprogramm ist das am 24. Februar 1920 zu München herausgegebene grundsätzliche Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei.

Dieses Programm ist unabänderlich. Es findet seine Erledigung nur durch seine Erfüllung.

§ 3

Mitgliedschaft.

Jeder unbescholtene Angehörige des deutschen Volkes, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und rein

¹⁾ Abgedr. S. 695 ff.

arischer Abkunft ist, kann die Mitgliedschaft der NSDAP. erwerben durch Ausfüllung des Aufnahme-scheines der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei und Zahlung einer Aufnahmegebühr von RM. 3,—.

Eine Ablehnung von Neuangemeldeten erfolgt ohne Angabe von Gründen durch den jeweiligen 1. Vorsitzenden der betreffenden Ortsgruppe in Übereinstimmung mit dem zuständigen Orts- bzw. Kreisgericht.

Die Aufnahme ist erfolgt mit Aushändigung einer Mitgliedskarte oder eines Mitgliedsbuches als Ausweis.

§ 4

Austritt und Ausschluß.

1. Der Austritt des einzelnen Mitglieds aus der Partei hat durch schriftliche Erklärung und unter Rückgabe der Mitgliedskarte bzw. des Mitgliedsbuches zu erfolgen. Der Mitgliedsbeitrag ist in diesem Falle für den Austrittsmonat noch voll zu bezahlen.

2. Mitglieder werden ausgeschlossen:

- a) die ehrenrührige Handlungen begehen oder von denen nach erfolgter Aufnahme solche bekannt werden,
- b) die den Bestrebungen der NSDAP. zuwiderhandeln und
- c) die durch ihr sittliches Verhalten in der Partei oder in der Allgemeinheit Anstoß erregen und dadurch die Partei schädigen.

3. Mitglieder können ausgeschlossen werden:

- a) die innerhalb der Ortsgruppe oder des Gauverbandes wiederholt Anlaß zu Streit und Zwist gegeben haben,

1. Die neue Verfassung und ihre Fortentwicklung ohne Berücksichtigung ihrer Abweichung im Vergleich geblieben sind und

2. wegen ihrer Wichtigkeit

a. In den nächsten vier Jahren von 1900 bis 1903 in den Fällen des Artikels 1 und 2 an Stelle des Ministers des Innern ernannt werden und gegebenenfalls auf Veranlassung des Reichstages die Befreiung von Besoldung auf die Dauer von höchstens drei Jahren.

3. Die Befreiung des Ministers wird befristet auf Grund vorübergehender Verhältnisse eines Reichstages

1. der Reichsverfassung,
2. der Reichsgesetze,
3. der Reichsverträge,
4. der Reichsfinanzen.

4. Der auf Veranlassung des Reichstages ernannte Minister ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich. Er ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich. Er ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich.

5. Der Reichstagespräsident ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich. Er ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich.

6. Jeder der in vorstehenden Fällen eine Befreiung erhält, ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich. Er ist dem Reichstagespräsidenten für die Dauer seiner Amtszeit verantwortlich.

7. Die Befreiung des Ministers ist kein Vorrecht zu befristen.

10. Im Falle von Verfehlungen ganzer Ortsgruppen ist der Führer berechtigt, im Einvernehmen mit dem Obersten Parteigericht, den Ausschluß solcher Ortsgruppen aus der Partei zu verfügen.

11. Das Vermögen der Ortsgruppe fällt in diesem Falle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei zu.

§ 5

Generalversammlungen.

Alljährlich — in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten — hat in München die Generalversammlung zu tagen. Sie wird durch den Vorsitzenden des Vereins einberufen. Die Mitglieder sind von dieser Tagung zu verständigen bzw. einzuladen durch Bekanntmachung im Partei- bzw. Vereinsorgan „Völkischer Beobachter“ und durch Rundschreiben an die einzelnen Gaue und selbständigen Ortsgruppen.

Über alle Generalversammlungen ist ein Sitzungsbericht zu führen, der vom Schriftführer und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Der Mitgliedsbeitrag wird durch die Generalversammlung von Zeit zu Zeit festgesetzt. Grundsätzlich wird bestimmt, daß Gauleitungen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 20 %, selbständige Ortsgruppen außer den Aufnahmegebühren und Werbebeiträgen pro Kopf und Monat 50 % der jeweiligen monatlichen Mindestbeiträge an die Parteileitung abzuführen haben.

Ausgenommen von dieser Bestimmung bleibt die Ortsgruppe München, die die gesamten Beiträge an die Kasse der Reichsleitung abzuliefern hat.

§ 6

Organisation des Vereins.

Die Vereinsleitung ist zugleich Parteileitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Die Führung der Ortsgruppe München liegt in den Händen der Reichsleitung.

Gliederung des Vereins.

Der Verein besteht zunächst aus Ortsgruppen, die der Parteileitung unterstellt sind. Je nach Bedarf werden diese Ortsgruppen in Gauverbände zusammengefaßt. Die Gauleiter werden von der Reichsleitung bestimmt. Weitere Untergliederungen erfolgen nach Bedarf durch die Ortsgruppenleitungen oder durch die Gauleitungen selbst. Diesen kommt jedoch eine satzungsgemäße Bedeutung nicht zu. Die Reichsleitung arbeitet nur mit Ortsgruppen und Gauen. Um eine entschlossene Leitung der Bewegung zu ermöglichen, ist für die Führung des Vereins in erster Linie verantwortlich der Vorsitzende des Vereins bzw. der Partei.

Für die Leitung der einzelnen Ortsgruppen bzw. Gauverbände gilt als verantwortlich der jeweilige 1. Ortsgruppen-Vorsitzende bzw. der Gauleiter. Der Vorsitzende des Vereins ist gesetzlicher Vertreter derselben. In Abwesenheit kann der Vorsitzende einen Vertreter bestimmen.

Der Verein übernimmt keine Haftpflicht für Schäden, die aus der Tätigkeit der einzelnen Ortsgruppen oder Gauverbände erwachsen. Er ist ausschließlich verantwortlich für Schäden, die aus Anordnungen des gesetzlichen Vertreters des Vereins entstehen.

Die Hauptleitung des Vereins bzw. der Partei — Reichsleitung — besteht aus:

1. dem gesetzlich durch die Generalversammlung zu wählenden Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister,
2. den Vorsitzenden der Ausschüsse,
3. dem Geschäftsführer der Hauptgeschäftsstelle.

Da die verantwortliche Leitung des Vereins in den Händen des Vorsitzenden liegt, ist dessen Stellung als über dem Vorstand stehend zu betrachten. Er ist verantwortlich nur der Generalversammlung.

§ 7

A u s s c h ü s s e.

Um einen großzügigen Ausbau der Organisation zu ermöglichen, werden außer dem von der Generalversammlung gewählten Vorstand noch folgende Ausschüsse gebildet, die besondere Aufgaben haben:

- a) Der Propagandaausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden und acht Beisitzern. Aufgabe: Erledigung aller die Propaganda betreffenden Fragen.
- b) Finanzausschuß, bestehend aus dem von der Generalversammlung gewählten Schatzmeister als Vorsitzenden und drei Beisitzern. Aufgabe: Oberste Aufsicht über das gesamte Kassenwesen des Vereins, Sicherung der finanziellen Grundlagen der Bewegung, finanzielle Werbetätigkeit im allgemeinen.
- c) Ausschuß für Jugendorganisationen, bestehend aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern. Aufgabe: Gründung und Ausbau der Jugendabteilung.
- d) Sport- und Turnausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden und acht Beisitzern. Aufgabe: Zusammenfassung und körperliche Ertüchtigung der sich

in der Bewegung befindlichen männlichen Jugend als SA. — Zweck derselben ist die Abstellung des Schutz-, Ordner- und Sicherungsdienstes für die Bewegung.

- e) Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Aufgabe: Anträge zu Ausschüssen und friedliche Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der Partei bzw. des Vereins. Eventuelle Prüfung von Aufnahme-Erklärungen.
- f) Organisationsausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Aufgabe: Vorbereitung und Durchführung der Organisation nach den Weisungen des Vorsitzenden des Vereins.

Zu den Ausschüssen a, c, d, e und f werden die Vorsitzenden, in den Ausschüssen e und f auch die beiden Beisitzer vom Vorsitzenden des Vereins bestimmt.

Die Beisitzer der Ausschüsse a, b, c und d bestimmt der jeweilige Vorsitzende des Ausschusses im Einvernehmen mit der Parteileitung.

§ 8

Um dem Vorsitzenden der Partei in deren Leitung den freiesten Spielraum zu gewähren, ihn unabhängig von Majoritätsbeschlüssen eines Ausschusses zu machen, aber das Verlassen des durch Parteiprogramm und Satzung vorgezeichneten Weges bzw. Rahmens zu verhindern, steht das Recht zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um ihn vor dieser zur Verantwortung zu ziehen bzw. eine Neuwahl vorzunehmen, zu: dem zehnten Teil der Mitglieder, wenn dieser die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt.

Die Einberufung hat in der gleichen Weise wie bei Generalversammlungen — § 5 — zu erfolgen.

§ 9.

Die Organisation der Leitung der einzelnen Ortsgruppen und Gauverbände ist nach ähnlichen Grundsätzen durchzuführen.

§ 10

Um in Zeiten dringender Not eine straffe und energische Führung der Gesamtbewegung sicherzustellen, steht dem Vorsitzenden das Recht zu, einen Aktionsausschuß, bestehend aus ihm und zwei weiteren Mitgliedern, einzusetzen.

§ 11.

Zur Ermöglichung einer innigen Verbindung und dauernden Fühlungnahme der einzelnen Ortsgruppen mit der Parteileitung, finden nach Bedarf Besprechungen — Parteitage — statt.

Ihren Zeitpunkt bestimmt der Vorsitzende durch Rundschreiben. Die Ortsgruppen sind verpflichtet, für möglichst starken Besuch zu sorgen.

§ 12

Im Falle sich geschlossene Gruppen anderer Verbände, Vereinigungen oder Parteien an den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein e. V. bzw. die Partei anzuschließen wünschen, kann dies nur unter Verzicht auf jede Gegenleistung von Seiten des Vereins erfolgen.

Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muß schriftlich erfolgen.

Zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Dreiviertel-Mehrheit der erschienenen Mitglieder erforderlich.

§ 13

Hauptgeschäftsstelle.

Die Geschäfte des Vereins werden geführt in der Hauptgeschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in München durch den Geschäftsführer. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vereins bestimmt.

Geschäftsstelle sowie deren gesamte Einrichtung sind Eigentum der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und stehen dem Vereine nur zur Mitbenützung zur Verfügung.

Ausschließlich im Eigentum des Vereins stehen alle durch seine Eigenschaft als gesetzliche Korporation in seiner Verwaltung stehenden Unternehmungen und Beteiligungen an solchen.

§ 14

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen, wenn ein Rest von nicht mehr als fünf Mitgliedern sich mit Mehrheit für die Auflösung entschließt.